

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

VB 1

Bernhard-Weiß-Str. 6

10178 Berlin

Ich erkläre / Wir erklären, dass

- ich/wir meinen/unseren Verpflichtungen zur Zahlung mindestens des nach dem Mindestlohngesetz für das Land Berlin (Landesmindestlohngesetz) vom 18. Dezember 2013 (GVBl. S. 922) oder einer aufgrund des Landesmindestlohngesetzes erlassenen Rechtsverordnung jeweils aktuell maßgeblichen Mindestlohn von zur Zeit € brutto* je Zeitsunde, solange und soweit ich/wir vom Land Berlin Zuwendungen erhalte/erhalten, nachkomme/n und Kontrollen der Einhaltung dieser Verpflichtung durch die Bewilligungsbehörde für alle bei mir/uns im Inland beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Sinne von § 3 Landesmindestlohngesetz – ungeachtet des Umstandes, ob sie konkret in einem geförderten Projekt tätig sind oder nicht – insbesondere durch Einblick in die Entgeltabrechnungen unverzüglich ermöglichen und unterstützen werde/werden.
- ich/wir in den Fällen, in denen Leistungen, die zur Erfüllung eines Zweckes im Rahmen von Dienst- oder Werkverträgen an Dritte vergeben werden, von diesen die schriftliche Verpflichtung verlangen werde/werden, ihren die Leistung ausführenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Sinne von § 3 Landesmindestlohngesetz dabei mindestens den Mindestlohn nach Maßgabe des § 9 Landesmindestlohngesetz zu zahlen, und Kontrollen der Einhaltung dieser Verpflichtung durch die Bewilligungsbehörde insbesondere durch Vorlage der schriftlichen Verpflichtung unverzüglich zu ermöglichen und unterstützen werde/werden.
- ich mir/wir uns dessen bewusst bin/sind, dass ein Verstoß gegen diese Verpflichtungen zur ganzen oder teilweise Rückforderung der gewährten Zuwendungsmittel führen kann.

* Der aktuell geltende Mindestlohnbetrag ist von der erklärenden, vertretungsberechtigten Person einzutragen.

Berlin, _____
Datum

Unterschrift der zur rechtsgeschäftlichen
Vertretung befugten Person(en)

Name bitte in DRUCKBUCHSTABEN wiederholen.